

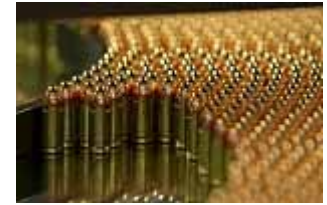
«DER BUND»: SCHWEIZ

Ständerat lässt Tür offen

Armeemunition künftig nicht mehr zu Hause? CVP will Kompromiss

Der Bundesrat will den Wehr-männern weiterhin Waffe mitsamt Munition mit nach Hause geben. Im Ständerat zeichnet sich zumindest in der Munitionsfrage Bewegung ab. Die CVP will prüfen, ob bei einem Teil der Wehrmänner auf die Abgabe der Munition verzichtet werden soll.

Von der Decke des Ständeratsaals in Flims blicken Jugendstil-Grazien, mit Blumen im Haar und in wallende Gewänder gehüllt. Unten im Saal waren die Frauen am ersten Sessionstag ebenfalls ein Thema – respektive ihre Sicherheit: Eine Motion der Basler SP-Ständerätin Anita Fetz verlangt, dass die Schweizer Wehrmänner künftig ihre Munition nicht mehr nach Hause nehmen dürfen. 60 Prozent aller Tötungen seien Familiendramen, erklärte Fetz gestützt auf Studien. Dabei seien in 40 Prozent der Fälle Schusswaffen im Spiel. Bei rund der Hälfte der Waffen handle es sich laut Fachleuten um die Ordonnanzwaffe.



Armeemunition künftig nicht mehr zu Hause? / key

Die grosse Mehrheit der Armeeingehörigen gehe mit Waffe und Munition verantwortungsvoll um, sagte Fetz. Doch es gebe Ausnahmen – und diese seien tödlich.

Der Bundesrat hatte dem Ständerat empfohlen, die Motion von Fetz abzulehnen: Es gebe weiterhin Bedrohungen, welche die Gesellschaft «unerwartet treffen» könnten; mit der Abgabe der Munition an die Armeeingehörigen werde der «Wehrwille demonstriert».

Neu in Inland & Ausland:

Kommission solls richten

Aber wider Erwarten hat jetzt der Ständerat den Vorstoss von Fetz nicht einfach vom Tisch gewischt. Im Vorfeld der Sitzung hatten CVP-Ständeräte zusammen mit Fetz nach einem Weg gesucht, wie sich die Chancen ihres Anliegens erhöhen liessen. Denn nachdem das Thema «Waffe im Schrank» und Armeemunition in den vergangenen Tagen und Wochen in den Medien und Teilen der Öffentlichkeit heftig diskutiert worden ist und die Gegner mobilisiert hat, wäre die Motion gestern chancenlos gewesen. Zu aufgewühlt war die Stimmung.

Antwort des Bundesrats zu kurz

Deshalb stellte der Urner CVP-Ständerat Hansruedi Stadler den Antrag, die Motion der Sicherheitskommission des Ständerats zu überweisen, um sich mit dem Anliegen «gründlich auseinander zu setzen». Familiendramen und Suizide bewegten alle, sagte Stadler. Er selber sei durch den Tod einer ihm nahestehenden Person direkt betroffen, die sich vor einem Jahr mit der Dienstwaffe das Leben genommen habe. Auf jeden Fall sei die ablehnende Antwort des Bundesrats auf die Motion von Fetz zu kurz ausgefallen.

Nur noch für aktive Soldaten?

Durch die Sicherheitskommission will Stadler etwa abklären lassen, wie viele Tötungsfälle effektiv auf Dienstwaffe und Armeemunition zurückzuführen seien. Der Rat erklärte sich mit dem Vorgehen stillschweigend einverstanden. Damit bleibt die Türe offen für eine Lösung des Munitionsproblems.

Am Ende des Ringens wird möglicherweise ein Kompromiss stehen. Dieser könnte zum Beispiel darin bestehen, dass nur noch Angehörige bestimmter Truppengattungen die Munition mit nach Hause nehmen dürfen – oder nur noch die aktiven Soldaten, aber nicht mehr die Reservisten. Jedenfalls wies ein Votum des Freiburger CVP-Ständerats Urs Schwaller gestern in diese Richtung: Man müsse jetzt abklären, wo genau sich die Abgabe der Munition tatsächlich noch militärisch begründen lasse.

Der Bund, Patrick Feuz [19.09.06]

